

Wettbewerbsfähigkeit

Konkurrenz und Wettbewerb sind zentrale Kategorien der neoklassischen und neoliberalen Theorie. Freier Wettbewerb soll die optimale Allokation und Versorgung mit Wirtschaftsgütern ermöglichen. Das zentrale Steuerungsinstrument ist der Preis. Eingriffe in den Preismechanismus gelten aus neoklassisch/neoliberaler Sicht als systemfremd und schaden angeblich der Wirtschaft.

In der Praxis führt der freie Wettbewerb aber nicht zur bestmöglichen wirtschaftlichen Entwicklung und Bedarfsdeckung. Die wirtschaftliche Entwicklung des modernen Kapitalismus ist vielmehr durch wiederkehrende Konjunkturkrisen gekennzeichnet. Insbesondere deregulierte Kapitalmärkte sind extrem krisenanfällig, wie die jüngste große Finanzmarktkrise eindrucksvoll unter Beweis gestellt hat. Zudem sind Märkte sozial und ökologisch blind. Umweltzerstörung und Klimawandel können auf freien Märkten nicht hinreichend eingepreist werden. Und einkommensschwache Bevölkerungsgruppen können ihre Bedarfe auf freien Märkten nicht ausreichend decken. Deswegen kommt es ohne staatliche Eingriffe zu einer dauerhaften Unterversorgung mit elementaren Gütern (Wohnen, Gesundheit, Bildung, etc.).

Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt

Besonders problematisch ist die Übertragung der neoklassischen/neoliberalen Wettbewerbslogik auf den Arbeitsmarkt. Dort begegnen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht auf Augenhöhe. Die Beschäftigten müssen mangels Vermögen ihre Arbeitskraft verkaufen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Starke Gewerkschaften und ein wirksamer Sozialstaat korrigieren diese Machtasymmetrie. Eine Deregulierung des Arbeitsmarktes schwächt folglich die Durchsetzungsmacht der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Und im Tausch für sinkende Löhne gibt es nicht mehr Jobs. Unternehmen schaffen Arbeitsplätze nicht aufgrund sinkender Arbeitskosten, sondern wegen steigender Aufträge. Über die Höhe der Beschäftigung wird nicht auf den Arbeitsmärkten sondern auf den Gütermärkten entschieden.

Die Sozialdemokratie folgte 2003 mit den Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der neoklassisch/neoliberalen Logik. Niedriglöhne, Leiharbeit, Minijobs, weniger Kündigungsschutz und mehr Druck auf Arbeitslose sollten dazu beitragen, die hohe Arbeitslosigkeit zu überwinden. Das hat nicht funktioniert. Der vermeintliche Beschäftigungsboom der letzten 15 Jahre sprengte nie den Rahmen einer gewöhnlichen Konjunkturerholung. Nach den „Reformen“ stieg die Beschäftigung – unter Beachtung der ungleichen Dauer der Aufschwünge – nicht stärker als vor den „Reformen“. Die Jobrekorde waren maßgeblich darauf zurückzuführen, dass vorhandene Arbeit zu prekären Bedingungen umverteilt wurde und das Ausland mehr deutsche Waren kaufte. Der größte

Sozialabbau der Nachkriegsgeschichte unterhöhlte aber die Tarifverträge und entkräftete die Gewerkschaften.

Wettbewerb zwischen Staaten

Fatal ist auch die Übertragung der neoklassischen/neoliberalen Wettbewerbslogik auf Staaten. Der weltweit etablierte Standortwettbewerb ist ein Konkurrenzkampf um niedrigere Löhne, niedrigere Steuern und Sozialabgaben, weniger Regulierung und hohe Subventionen. Export- und Leistungsbilanzüberschüsse gelten als Nachweis hoher Wettbewerbsfähigkeit.

Dieser kostenorientierte Standortwettbewerb schwächt die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten. Privatwirtschaftliche Konkurrenz zwischen Staaten verringert ihren Wohlstand. Geringere Steuereinnahmen führen zu einem Verfall der Infrastruktur und wachsender sozialer Ungleichheit. Darunter leidet das Wachstumspotential der betroffenen Volkswirtschaften. Im Unterschied zu privaten Unternehmen können aber Staaten, die im weltweiten Standortwettbewerb nicht mehr mithalten können, nicht untergehen. Sie müssen von anderen Staaten aufgefangen werden, um eine politische Destabilisierung ganzer Regionen zu verhindern. Am Ende gibt es nur Verlierer. Sozialdemokratische Politik darf sich dem neoliberalen Standortwettbewerb nicht unterordnen. Sie muss für einheitliche soziale Mindeststandards, eine internationale Koordinierung der Steuerpolitiken und eine enge Abstimmung der Lohn- und Sozialpolitiken eintreten.

Markt, Staat und Gesellschaft

Wettbewerb, Privateigentum und Markt können schöpferisch wirken. Ein funktionierender Preismechanismus kann ein effizientes, dezentrales Informations- und Steuerungssystem sein. Allerdings widerspricht dieses von Preissignalen und damit von Einkommens- und Vermögensverhältnissen gesteuerte System grundlegenden demokratischen Ansprüchen. Zudem wird die Funktionsfähigkeit des Marktsystems in der Praxis immer wieder durch Marktversagen eingeschränkt. Es ist Aufgabe des Staates dieses Marktversagen ordnungspolitisch einzudämmen. Ordnungspolitik reicht aber aus sozialdemokratischer Sicht nicht aus. Ein scharfes Kartellrecht, ein starker Verbraucherschutz oder eine ökologische Steuerpolitik können den Märkten keine gesellschaftspolitischen Ziele setzen.

Wer gesellschaftlich notwendige Entwicklungen vorantreiben will, braucht häufig einen unternehmerischen Staat, der eigenständig forscht, entwickelt und investiert. Dort, wo Märkte, Wettbewerb und Privateigentum nicht oder nur mangelhaft ihren Wohlfahrtszweck erfüllen, müssen sie durch andere Eigentumsformen und Verfahren ersetzt werden. Öffentliche Güter müssen für jeden zugänglich sein, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten. Hierfür bedarf

es eines gemeinwohlorientierten öffentlichen Sektors. Auch die natürlichen Monopole – insbesondere Netzwerkindustrien, deren Dienstleistungen ausschließlich auf der Grundlage diverser Infrastrukturen geleistet und erbracht werden können (Energiewirtschaft, Bahn, etc.) – sollten durch die öffentliche Hand gesteuert werden. Öffentliches Eigentum allein ist natürlich keine Garantie dafür, dass die Unternehmenspolitik auch am gesellschaftlichen Bedarf ausgerichtet wird. Wirtschaftsdemokratische Konzeptionen zielen deshalb auf eine demokratische und effiziente Steuerung und Kontrolle öffentlichen Eigentums.